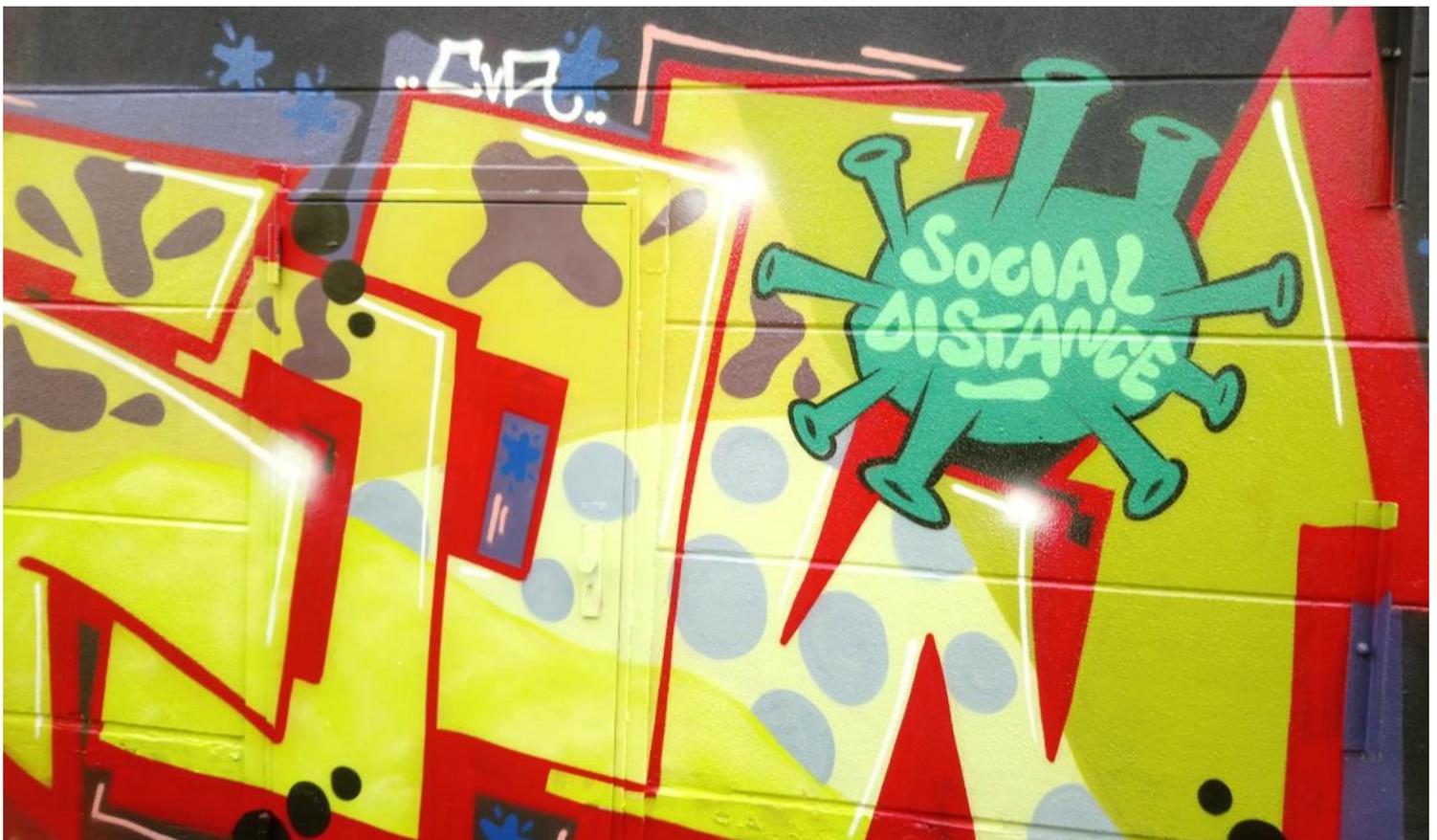


# Avanti O.

Beilage:

 COVID-19:  
 Europäische Erklärung  
 der IV. Internationale

**ISO Oberhausen & FreundInnen**


Graffiti in Essen, April 2020.

Foto: Avanti O.

## Leben schützen heißt nicht schweigen!

**C**OVID-19 tötet. Das gefährliche Virus überträgt sich rasch von Mensch zu Mensch, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Darum ist es notwendig, körperlich Abstand zu halten, Mundschutz zu tragen und Hygienevorschriften einzuhalten.

Demonstrationen zum 1. Mai, wie wir sie gewohnt sind, konnten in diesem Jahr wegen Corona also nicht stattfinden.

Die Gefahr durch COVID-19 wie auch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen jedoch gerade die besonders heftig, denen ohnehin schon elementare Rechte verweigert werden: ein Leben in Würde, das Recht auf Wohnen, auf körperliche Unversehrtheit...; die um ihr nacktes Überleben kämpfen müssen. Hier und weltweit.

Die Corona-Krise ist nicht „nur“ eine Gesundheitskrise: Sie verschärft die kapitalistische Krise in allen ihren Dimensionen – wirtschaftlich, sozial, ökologisch.

Auch rechte Aktivitäten finden weiterhin statt und dürfen nicht aus dem Blick geraten.

Zudem nutzt die Kapitalsseite die Corona-Krise, um sich zu-

sätzlich zu bereichern und Rechte der Lohnabhängigen zu schleifen.

Darum war es in diesem Jahr erst recht unverzichtbar, auf die Straße zu gehen, um „wie an jedem 1. Mai die vielfältigen Interessen und Forderungen der Lohnabhängigen überall auf der Welt gemeinsam in die Öffentlichkeit zu tragen,“ wie es im Oberhausener Aufruf heißt.

Wie in vielen anderen Städten hat sich auch in Oberhausen ein breites Bündnis gegründet, das gemeinsam die Aktion vorbereitet und durchgeführt hat.

Die Kundgebung auf dem Oberhausener Altmarkt hat, ebenso wie andernorts, gezeigt, dass es auch während der Pandemie möglich ist zu demonstrieren und gleichzeitig aufeinander acht zu geben.

Für viele Teilnehmer\*innen war es eine neue, gute Erfahrung, sich aktiv am 1. Mai beteiligen und Redebeiträge aus unterschiedlichen Blickwinkeln hören zu können.

Eine Option auch für den 1. Mai 2021, wenn wir wieder gemeinsam mit dem DGB demonstrieren! ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
<b>TITEL</b>		
<b>01 1. Mai</b> Auf der Straße!		
<b>EDITORIAL/INHALT/1. MAI</b>		
<b>02 1. Mai</b> Redebeitrag der ISO Oberhausen		
<b>AKTIONSPLAN</b>		
<b>03 COVID-19</b> Aktionsplan der ISO		
<b>Lesetipps</b>		
<b>05 BR-Mobbing</b> Neue Dokumentation		
<b>05 Krankenhaus statt Fabrik</b> Überarbeitete Broschüre erschienen		
<b>PFLEGENOTSTAND</b>		
<b>06 Interview mit Alexandra Willer</b> Uniklinikum in der Pandemie		
<b>PANDEMIE</b>		
<b>08 COVID-19</b> Kalt erwischt?		
<b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>		
<b>08 Gesundheitsschutz</b> Vorstellung der Schichtplanfibel		
	<b>EDITORIAL</b>	
	<i>Liebe Leser*innen,</i> eine ganze <i>Avanti O.</i> -Nummer voll mit SARS-CoV-2. Aber immerhin haben wir uns bemüht, nicht alltägliche Ein- und Ausblicke zu zeigen: Unsere Rede zum 1. Mai steht auf S. 2 und die Vorschläge der ISO gegen die COVID-19-Krise auf S. 3. In der Pandemie werden auch lang bekannte „Fehlentwicklungen“ des Neoliberalismus sichtbar: Alexandra Willer über Arbeitsbedingungen im Krankenhaus (S. 5). Und Tobias Michel über fehlende Schutzmaßnahmen (S. 8) sowie über den fahrlässigen, aber gezielten Abbau im Gesundheitswesen (S. 9). Jetzt bemüht sich die Politik mit Macht, davon abzulenken. Und wer „Macht“ will, der braucht das Militär (S. 10). Und dann gibts noch was Schönes auf S. 12 mit „Scherz, Satire, Ironie und „Die Pest““ sowie auf S. 13 von Alina Fuchs zu Kids und Kommunismus, quasi zur Aufmunterung und zum Weitermachen. Wir wünschen eine anregende Lektüre. <i>Eure Redaktion</i>	
		<b>INHALT</b>
		<b>OBERHAUSEN</b>
		<b>09 COVID-19</b> Nicht gut aufgestellt
		<b>10 Militarismus</b> Bundeswehr im Krisenstab
		<b>11 AfD Oberhausen</b> Faschistenfreunde – gespalten?
		<b>SCHERZ, SATIRE</b>
		<b>12 Scherz, Satire, Ironie</b> <i>Die Pest</i> von Camus
		<b>SOZIALISMUS AUFBAUEN</b>
		<b>13 Kommunismus jetzt!?</b> Jugendliche einbinden
		<b>14 Nach der Krise ist vor der Krise</b> 100 Jahre Bauhaus für die Frauen
		<b>PAROLI</b>
		<b>16 Paroli</b> Neue Paroli erschienen
		<b>16 Termine</b>
		<b>THEORIEBEILAGE</b>
		<b>COVID-19</b> Europäische Erklärung der IV. Internationale

## Redebeitrag der ISO Oberhausen zum 1. Mai 2020

Die EU-Politik der letzten 20 Jahre hat die Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließlich des Gesundheitswesens untergraben.

Wir erleben derzeit die Auswirkungen:

Die Covid-19-Pandemie wirksam einzudämmen scheitert auch in Deutschland an einem erschreckenden Mangel am Notwendigsten.

Nur zögerlich werden Schritte unternommen, um diesen Mangel durch die Beschaffung von notwendigem Schutzmaterial, wichtigen Hilfsmitteln und durch die Notfall-Rekrutierung von Krankenhauspersonal zu beheben.

Einerseits werden zwar Einschränkungen für die gesamte Bevölkerung beschlossen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Gleichzeitig aber gibt es den Drang nach maximaler wirtschaftlicher Aktivität, auch in nicht lebensnotwendigen Bereichen.

Allgemein mangelt es an den notwendigen persönlichen Schutzausrüstungen. Richtlinien zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit werden oft ignoriert.

Mehr als 10 Mio. Beschäftigte sind aufgrund der Corona-Krise in Deutschland bereits auf Kurzarbeit mit Lohnabzügen gesetzt, über 300.000 entlassen worden.

Viele mehr werden folgen, wenn der Staat nicht eingreift. Entlassungen müssen verboten und 100 % Lohnfortzahlung sichergestellt werden.

Prekär Beschäftigte, kleine und Scheinselbständige sind plötzlich ohne Arbeit und ohne Einkommen. Sie brauchen ein existenzielles Mindesteinkommen.

Denn für alle stehen sämtliche laufenden Ausgaben, die beglichen werden müssen, weiterhin an.

Obdachlosigkeit oder beengte und ungesunde Behausungen sorgen dafür, dass Ausgangssperren für die Reichen und für die Armen jeweils etwas ganz anderes bedeuten.

Der Stopp von Zwangsräumungen und die Beschlagnahme von Wohnraum würden helfen.

Die Pandemie verschärft die Klassendiskriminierung. Die Nicht-Privilegierten und die Prekärsten zahlen bereits für diese Pandemie den höchsten Preis.

Nach dem Willen der Herrschenden und ihres politischen Personals sollen sie weiterhin zahlen – auch mit ihrem Leben.

Aber unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Zwingend erforderlich ist darum vor allem, den größtmöglichen Gesundheitsschutz aller Menschen sicherzustellen.

Das Gesundheitswesen gehört unter gesellschaftliche Kontrolle!

Wir brauchen jetzt einen gesellschaftliche Aktionsplan, um unsere Grund- und Menschenrechte zu verteidigen.

Wir zahlen nicht für ihre Krise!

Über Jahrzehnte wurden mittels Steuersenkungen und Sozialabbau Einkommen und Vermögen von unten nach oben umverteilt.

Jetzt müssen die Reichen und die Konzerne zahlen!

Und nicht zuletzt: Diese Krise ist eine weltweite Krise.

Lasst uns also solidarische Fronten über alle Grenzen hinweg aufbauen!

# Aktionsplan gegen COVID-19

## Solidarität heißt Menschen schützen – unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Die Bundesregierung feiert sich wegen ihrer „Erfolge“ in der COVID-19-Bekämpfung. Aber sind offiziell rund 7.000 Tote und 165.000 Erkrankte bei 82 Mio. Einwohner\*innen hierzulande ein Erfolg? Südkorea etwa meldet 11.000 Infizierte und 250 Tote bei 52 Mio. Einwohner\*innen.

*Koordination der ISO, 2. Mai 2020*

**D**ie Bundes- und die Landespolitik hat nicht nur 6 Wochen zu spät reagiert. Sie hat den vorbeugenden Katastrophen- und Gesundheitsschutz nach 1990 durch „Sparpolitik“ weitgehend zerstört. Das Gesundheitssystem hat sie durch Privatisierungen schwer geschädigt. Sie hat nicht die Einhaltung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes durchgesetzt. Und jetzt hat sie auch noch auf Druck von Wirtschaftskreisen viel zu früh „Lockerungen“ genehmigt.

Das alles ist eine Missachtung des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ (Art. 2.2 GG.)

Die Verantwortlichen für diese zynische Politik müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

### Milliarden für Konzerne –

### Bomber statt Gesundheitsschutz?

Die bisherige Corona-Politik der Bundesregierung hat ein Volumen von rund 1.000 Mrd. €. Sie nutzt vor allem den Konzernen.

Zwingend erforderlich ist jedoch, den größtmöglichen Gesundheitsschutz aller Menschen sicherzustellen (Masken, Tests, Desinfektionsmittel etc.). Das kostet ca. 15 Mrd. € und kann einen erneuten „Lockdown“ verhindern. Stattdessen will die Regierung jetzt Bomber für rund 20 Mrd. € kaufen.

### Gesellschaftlicher Aktionsplan jetzt!

Es muss konsequent ein gesellschaftlicher Aktionsplan gegen COVID-19 durchgesetzt und ständig weiterentwickelt werden. Eine entschlossene Bekämpfung der Corona-Pandemie sollte auf drei Ebenen erfolgen:

#### 1. Nachvollziehbarer Gesundheitsschutz für alle!

- Sichere Masken/Visiere für alle! Strikter Arbeiter\*innenschutz überall – vor allem aber in Pflege-, Dienstleistungs-, Handels-, Industrie- und Verkehrsbereichen.
- Stopp der Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen solange kein realer Arbeiter\*innenschutz für die Beschäftigten wirkt. Nur so kann die Ausbreitung von COVID-19 zusätzlich begrenzt werden.
- Wirksamer Gesundheitsschutz insbesondere für die am meisten benachteiligten Menschen (Heimbewohner\*innen, Obdachlose, Geflüchtete und Illegalisierte). Niemand darf zurückgelassen werden!
- Preiskontrolle und Enteignung von Firmen, die mit Gesundheitsschutzmitteln Wucher treiben.

- Umgehendes Auflegen eines staatlich geförderten, bundesweit und international koordinierten und gesellschaftlich kontrollierten Forschungsprogramms für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19.

Außerdem sofortige Entwicklung und Umsetzung eines Produktionsprogramms für ausreichende und wirksame Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen (Masken, Handschuhe, Schutzbrillen bzw. -visiere, Schutzkleidung), Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte.

- Selektionsmechanismen (wie Triage) verbieten. Intensivbettenzahl an Steigerung von COVID-19-Erkrankungen anpassen. Akutversorgung von Erkrankten durch ausreichendes Fachpersonal sichern.
- Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Stopp und Rücknahme der Privatisierungen. Stattdessen Vergesellschaftung wesentlicher Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie gemäß Artikel 14 und 15 GG unter demokratischer Kontrolle.

#### 2. Soziale Verbesserungen durchsetzen!

- Insbesondere für die Beschäftigten in der Pflege müssen schnell wirksame soziale Verbesserungen durchgesetzt werden: Personalbemessung für ausreichende Neueinstellungen im Alten- und Krankenpflegebereich, 1.000 € Corona-Zulage für alle und sofort, 15 € Mindestlohn, dauerhafte Erhöhung der Monatseinkommen um mindestens 500 €, reguläre Arbeitsverhältnisse für alle!

**Kohl€ statt Klatschen  
– Arbeitsschutz  
statt Applaus**



- Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären. Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts.
  - Es gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen.
  - Die Lockerung des Arbeitszeitgesetzes ist umgehend rückgängig zu machen.
  - Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung. 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort. Danach weitere Reduzierung auf 30 Wochenstunden.
  - Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbstständig Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern.
  - Aussetzen von Sanktionen, Stromsperren und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Menschen ohne Wohnraum.
  - Ausbau von Frauenhäusern und Kinderbetreuung für Opfer sexueller und anderer Gewalt.
- Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % für alle Geldvermögen über 1 Million Euro, von 35 % über 10 Millionen Euro und 50 % über 100 Millionen Euro.

### 3. Verteidigung und Ausbau der Grund- und Menschenrechte!

Statt Stellvertreterpolitik im Staat, der Gewerkschaft und im Betrieb weiter hinzunehmen, treten wir für Eigenaktivität und demokratische Selbstorganisation ein. Jetzt ist es an der Zeit, sich besser zu vernetzen und solidarisch zu organisieren. Ge-

meinsames Engagement im Stadtteil, im Betrieb und in den Gewerkschaften ist dringend erforderlich. Den neoliberalen und rechten Lügen müssen wir verständliche Aufklärung auf möglichst breiter Ebene entgegensetzen.

- Wir treten deshalb für die Bildung und Vernetzung von aktiven Solidaritätsstrukturen in den Stadtteilen, Bildungseinrichtungen und Betrieben ein.
- Die Ursachen und das Ausmaß der Corona-Krise in Deutschland müssen öffentlich aufgearbeitet werden.
- Wir treten für Verteidigung und Ausbau unserer Grund- und Menschenrechte ein.
- Wir schlagen deshalb allen in diesem Sinn handlungsbereiten Kräften die Entwicklung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit vor!

**Nein zu der von Politik und Kapital angestrebten Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit! Die Reichen und die Konzerne müssen zahlen!**

**Ja zum Aufbau einer solidarischen Front über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen hinweg!**

**Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden und wirksame Hilfe leisten! Wir zahlen nicht für eure Krisen! Nur gemeinsam sind wir stark!** ■



1. Mai 2020 in Oberhausen.

Foto: Andrea-Cora Walther.

# Aktuelle Dokumentation „Betriebsräte im Visier“ erschienen

## Stopp der illegalen Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen!

**D**ie aktuelle Dokumentation „Betriebsräte im Visier“ beleuchtet erneut massive Verletzungen von Grund- und Menschenrechten in Deutschland.

Sie sucht Antworten auf mehrere Fragen:

- Wie wehren sich Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen erfolgreich gegen die Behinderung und Bekämpfung ihrer gesetzlich legitimierten Arbeit?
- Was tun Gewerkschaften gegen die Angriffe auf demokratisch gewählte Interessenvertretungen?
- Welche Perspektiven eröffnen sich für eine wirksame Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung?

Erfreulicherweise gibt es einzelne Erfolge im Kampf gegen rechtswidrige Attacken auf Betriebsräte und deren gewerkschaftliches Engagement. Aber nach wie vor ist die systematische Einschüchterung von aktiven Betriebsratsmitgliedern durch Unternehmensleitungen und deren Helfershelfer (Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, Detekteien) nicht unterbunden.

Nur in wenigen Einzelfällen kommt es zur juristischen Verfolgung der Täter und der Bestrafung ihres illegalen Treibens. Gewerkschaften, Justiz, Medien, Politik und Unternehmen sind in der Pflicht, ihren Beitrag zur grundlegenden Änderung dieser unhaltbaren Zustände zu leisten. ■

Die Dokumentation findet ihr zum Download unter:  
[solidaritaet-rhein-neckar.de/images/PDF/Doku-BR-MOB-2019-WEB.pdf](http://solidaritaet-rhein-neckar.de/images/PDF/Doku-BR-MOB-2019-WEB.pdf)



### Betriebsräte im Visier



Dokumentation der **sechsten** bundesweiten Konferenz gegen BR-Mobbing

am 19. Oktober 2019 in Mannheim



## Krankenhaus statt Fabrik – die neue Broschüre ist da!

Eine überarbeitete Neuauflage von „Das Fallpauschalensystem und die Ökonomisierung der Krankenhäuser – Kritik und Alternativen“ ist erschienen.

**N**achdem die erste Broschüre auch in der vierten Auflage vergriffen ist, hat das Bündnis *Krankenhaus statt Fabrik* jetzt eine grundlegend überarbeitete Neuauflage veröffentlicht, die seine Kritik präzisiert und neueren politischen Entwicklungen Rechnung trägt. Sie kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, um wichtige Fakten und Argumente für die aktuelle Debatte in der Corona-Krise zu liefern.

Mit der Broschüre wird das System der Krankenhausfinanzierung analysiert und kritisiert. Alternative Konzepte und Strategien der Gegenwehr werden vorgestellt. Und es wird gezeigt, dass Streiks, Solidaritätsbündnisse und Volksbegehren wirken.

Die Broschüre (208 Seiten) kann als ganze oder in ausgewählten Kapiteln hier heruntergeladen werden:  
[www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53187](http://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53187)

Die gedruckte Fassung bitte hier bestellen:  
[info@krankenhaus-statt-fabrik.de](mailto:info@krankenhaus-statt-fabrik.de)



■ Oberhausen, April 2020.

Foto: Avanti O.

# „Dieses ganze verfaulte System muss weg“

Wie sind derzeit die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, welche Folgen hat die Pandemie? Interview mit Alexandra Willer zum Gesundheitswesen in Zeiten von Corona, Kapitalismus und Krise.

**Du bist ver.di-Vertrauensfrau und Personalrätin am Uniklinikum Essen. Der Personalrat hat die 12,5 Stunden-Schichten abgelehnt, die euer Vorstand einführen will.**

Ja, als die Kolleginnen und Kollegen auf den Stationen das gehört haben, war die Empörung und Ablehnung groß. Selbst jetzt, wo nicht alle Betten belegt sind, ist die Arbeit auf den Covid-Stationen extrem anstrengend, allein schon wegen der vollen Schutzbekleidung. Auch jetzt infizieren sich immer wieder Kolleg\*innen. Vorletztes Jahr haben bei uns hunderte Beschäftigte 30 Tage lang gestreikt, weil sie mehr Personal und Mindestbesetzungen gefordert haben. Doch nicht mal das, was damals zuge-

standen wurde, wird von der Klinikleitung eingehalten. Und jetzt sollten sie diesen Mangel mit 12,5 Stunden-Schichten auffangen? Nein, danke.

Wir kennen außerdem die Erfahrungen aus Wuhan. Dort wurden auch erst 12-Stunden Schichten gearbeitet. Dann aber wurden sie auf 6-Stunden-Schichten geändert, weil reihenweise Pflegekräfte auch durch die langen Schichten krank wurden.

Obendrein würde es wohl nicht bei einer einmaligen Sache bleiben. Bei der nächsten Grippewelle zum Beispiel, wenn mal wieder zu viel Personal ausfällt, kämen wahrscheinlich die nächsten 12-Stunden-Schichten. Es ist wirklich ein Irrsinn dieses Systems, dass die einen ge-

nau in dem Moment noch mehr und länger ausgebeutet werden sollen, wo gleichzeitig Hunderttausende andere in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden.

**Nicht alle Berufsgruppen im Krankenhaus stehen momentan in der öffentlichen Wahrnehmung so da, wie Pflegekräfte und Ärzte.**

Zuerst einmal grenzt auch die derzeitige „Aufmerksamkeit“ der herrschenden Politiker\*innen und Medien für Pflegekräfte und Ärzt\*innen an Verhöhnung. Es gibt große Danke-Plakate, und man diskutiert über eine Prämie von einigen hundert Euro für sie. Doch wofür? Dafür, dass sie heute für die Folgen der jahrelangen Einsparungen und Privatisierungen den Kopf hinhalten sollen. Statt



Oberhausen, April 2020.

Foto: Avanti O.

solcher „Aufmerksamkeiten“ brauchen die Kolleg\*innen mehr Personal, mehr Masken, mehr Schutzausrüstung...

In der Tat gibt es darüber hinaus weitere Berufsgruppen im Gesundheitswesen, die diese Krise mit voller Wucht abbekommen, die genauso gefährdet sind. Die Reinigungskräfte zum Beispiel müssen bei uns wegen der Infektionsgefahr sehr viel mehr reinigen, ohne dass auch nur eine Reinigerin zusätzlich eingestellt worden wäre. Und natürlich bekommen sie nur extrem rationierte Schutzausrüstung. In der privatisierten Küche werden wiederum 19 Kolleg\*innen in Kurzarbeit geschickt. Sie haben Löhne, die kaum über dem Mindestlohn liegen, und müssen nun mit 60 % davon überleben – während in der Reinigung und bei anderen Hygienemaßnahmen dringend mehr Personal gebraucht würde.

Doch die jetzige Lage führt auch dazu, dass bei uns gerade in diesen Bereichen die Empörung wächst. Nicht wenige sagen sich: „Wir verdienen schon viel zu wenig, und dafür sollen wir jetzt auch noch unsere Gesundheit riskieren? Irgendwann reicht's.“ Die Krankentransporter zum Beispiel haben sich zusammengetan, um eine Zulage und angemessene Schutzmasken zu fordern. Die Reinigungskräfte sind seit Jahren in eine Tochterfirma ausgegliedert, wo sie nur noch den Branchenmindestlohn bekommen. Jahrelang schon regiert hier ein Regime massiver Einschüchterung. Doch nun haben zum ersten Mal Reinigerinnen 300 Unterschriften gesammelt, um höhere Löhne und mehr Zeit zum Reinigen der Stationen zu fordern. Der Geschäftsführer der Tochterfirma (der gleichzeitig Personalchef im Uniklinikum ist) hat eiskalt erklärt, dass sie keinen Cent mehr bekommen werden. Und dass es eine Frechheit sei, die Corona-Krise „auszunutzen“. Diese Leute sind Meister in der Umkehrung der Tatsachen: Denn wer nutzt hier die Corona-Krise aus? Als Antwort hängen seitdem im ganzen Gelände Fotos, auf denen Beschäftigte des Klinikums ihre Solidarität mit den Reinigerinnen demonstrieren.

Diese Art von Aufmerksamkeit finde ich eigentlich die Wichtige. Von den Herrschenden haben wir keine Wertschätzung zu erwarten. Aber wenn wir uns zusammentun, wenn wir solidarisch sind und kämpfen, können wir uns Respekt verschaffen.

**Siehst du eine Chance, dass die Erfahrungen aus der Corona-Krise dabei**

### **helfen, ein anderes Gesundheitssystem durchzusetzen?**

Ein anderes Gesundheitssystem durchsetzen, im Kapitalismus? Nein, definitiv nicht. Seit fast 200 Jahren tötet dieser Kapitalismus. In Kriegen, durch Hunger, durch heilbare Armutskrankheiten. Und in der jetzigen Krise schafft es dieses System noch nicht mal ausreichend Schutzmaterialien zu produzieren, sodass sich viele Beschäftigte infizieren. Der Kapitalismus verlangt, dass Geschäfte viel zu früh wieder öffnen, damit „die Wirtschaft wieder in Schwung kommt“. Der Kapitalismus führt dazu, dass die Tagelöhner in den armen Ländern die Schutzvorschriften nicht einhalten können, weil sie und ihre Familien ohne Lohn verhungern. Dieses ganze verfaulte System muss weg.

Und dass das Gesundheitssystem in Deutschland wie in allen imperialistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten dermaßen zusammengespart und privatisiert worden ist, liegt ja auch nicht an mangelnder Erfahrung der Politiker\*innen. Es ist eine zwangsläufige Folge der wirtschaftlichen Dauerkrise, in der der Kapitalismus seit Jahrzehnten steckt. Aufgrund der gesättigten Absatzmärkte macht die kapitalistische Klasse immer weniger Profit mit der Produktion. Um ihre Profite trotzdem zu steigern, plündern sie die öffentlichen Kassen und eignen sich die Bereiche an, die bislang zum Teil von der Profitlogik verschont waren. Deshalb mussten die Krankenhäuser zusammengespart und so umgebaut werden, dass private Konzerne und Banken mit ihnen Gewinn machen können. Und des-

halb wird diese – für Beschäftigte wie Patienten katastrophale – Entwicklung auch nach Corona weitergehen. Der hessische grüne Sozialminister besaß sogar die Dreistigkeit zu sagen, dass die Erfahrungen der Corona-Krise ein Beleg dafür wären, dass zentralisierte, große Krankenhäuser besonders effektiv seien – und die vielen kleinen Krankenhäuser daher ruhig weiter geschlossen werden sollten.

Was man jedoch sehr wohl hoffen kann ist, dass die Erfahrungen der letzten Wochen dazu beitragen, dass sich mehr Arbeitende den Kämpfen gegen die Verschlechterungen im Gesundheitswesen anschließen. Und das wird auch nötig sein. Denn die gigantischen Summen, die die Regierung in der durch Corona ausgelösten tiefen Wirtschaftskrise zur Rettung der Kapitalisten ausgibt, wird sie woanders einsparen müssen. Was bedeutet, dass die Angriffe im Gesundheitswesen schlimmer werden.

Um diese wirklich abwehren zu können, braucht es allerdings Kämpfe viel größerer Dimensionen. Hierfür müssen sich die Arbeitenden im Gesundheitswesen mit all den anderen Arbeitenden zusammentun, die in der Krise ihre Haut verteidigen – und in diesen Kämpfen wieder an die Perspektive einer anderen Gesellschaftsordnung anknüpfen. Erst dann, wenn der Kapitalismus gestürzt ist, wird es möglich sein, ein Gesundheitssystem zu entwickeln, das auf die bestmögliche Versorgung aller Menschen ausgerichtet ist. ■



*Pflegekräfte aus dem Uniklinikum Essen zeigen sich solidarisch mit den Reinigerinnen.*

# COVID-19

## Kalt erwischt?

Die Pandemie hat viele unvorbereitet getroffen. Doch mangelte es nicht an Warnungen und Hinweisen auf die Notwendigkeit, rechtzeitig zu planen und Vorräte anzulegen.

TOBIAS MICHEL

**2003:** SARS-Pandemie.

**2004:** Das Robert-Koch-Institut (RKI) informiert die Arbeitgeber in Vorträgen über eine notwendige betriebliche Pandemieplanung. Es stellt dazu die Folienvorträge im Internet bereit.

**2006:** Der Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte (VDBW) informiert fortlaufend ausführlich über die notwendigen betrieblichen Vorbereitungen auf eine Pandemie; die Vorschläge betreffen insbesondere das öffentliche Gesundheitswesen.

**2008:** Die Unfallversicherung empfiehlt den Arztpraxen die Bevorratung von Schutzausrüstungen.

**2009:** Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) versucht seitdem, mit ihren '10 Tipps zur betrieblichen Pandemieplanung' Arbeitgeber in die Handlungspflicht zu nehmen.

**2010:** Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stellt im 'Handbuch Betriebliche Pandemieplanung – zweite erweiterte und aktualisierte Auflage' auf 180 Seiten ausführlich alle notwendigen Vorbereitungen dar, als übersichtliche Handzettel und mit Checklisten.

**2012/2013:** MERS-Infektionen.

**2013:** Der Deutsche Bundestag diskutiert die Simulation einer SARS-Corona-Pandemie in Europa und Deutschland.

**2015:** 3. April: The next outbreak? We're not ready; Bill Gates warnt vor den tödlichen Gefahren einer Pandemie, die uns völlig unvorbereitet treffen würde.

Ab August 2008 wandte sich die zuständige Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege - BGW ) an die Arztpraxen:

*Unter diesen groben Annahmen ergeben sich pro primär versorgender Praxis etwa 100 bis 1.600 zusätzliche Konsultationen während der ersten Pandemiewelle. Hieraus resultiert über 8 bis 12 Wochen ein erhöhter oder zusätzlicher Bedarf folgender Artikel:*

- einfacher Mund-Nasen-Schutz für betroffene (infektionsverdächtige) Patienten – 1 Maske pro Patient,
- unsterile Schutzhandschuhe für das medizinische Personal – 1 Paar pro Personalkontakt mit einem betroffenen (infektionsverdächtigen) Patienten, [...]
- Atemschutzmasken (FFP2) für das medizinische Personal – mindestens 1 Maske pro Person und Tag/Schicht,
- Schutzbrillen mit Seitenschutz für das medizinische Personal – 1 Schutzbrille pro Person,
- Schutzkittel für das medizinische Personal – mindestens 1 Schutzkittel pro Mitarbeiter und Tag/Schicht, [...]

*Um Versorgungsengpässe im Falle einer Pandemie vorzubeugen, ist es sinnvoll, die beschriebenen Produkte bereits in der inter pandemischen Phase zu beschaffen und vorzuhalten. BGW, BÄK [Bundesärztekammer] und KBV [Kassenärztliche Bundesvereinigung] empfehlen daher eine vorausschauende Bevorratung unter Berücksichtigung einer aktuellen Gefährdungsanalyse. Eine rechtliche Verpflichtung zur vorbeugenden Bevorratung der genannten Hygiene- und Arbeitsschutzartikel besteht nach geltenden Regelungen des ArbSchG [Arbeitsschutzgesetz] und der Biostoffverordnung grundsätzlich nicht.*

Wir lernen heute daraus:

Ohne rechtliche Verpflichtung verpuffen all diese richtigen und guten Vorschläge. ■

## Tobias Michel und die Schichtplanfibel

**T**obias Michel, engagierter Gewerkschafter in ver.di, ist Experte für die Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz. Sein Berufsleben u. a. als Pfleger und Mitglied betrieblicher Interessenvertretungen hat er abgeschlossen und ist nun freischaffend tätig. Viele kennen ihn als Autoren der Schichtplanfibel.

Die Schichtplanfibel ist mehr als ein Buch: Sie ist Dokumentation, Fallsammlung, Karteikasten, Newsletter, Blog. Sie ist kein abgeschlossenes Werk, sondern wird ständig weiter entwickelt. Sie ist fundiert, und sie ist kostenlos.

Hier finden sich Urteile, Tipps, Werkzeuge und Seminare zu Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz im Gesundheits- und Sozialwesen.

Es handelt sich hier nicht, wie das Thema befürchten lässt, um eine schwerverdaulich-dröge Lektüre, sondern ist sogar unterhaltsam.

Dies gilt nicht nur für die Bildergeschichten *Sophie: Jeder Tag ein kleiner Kampf*. Alle Texte sind gut lesbar gestaltet mit übersichtlichen und oft auch witzigen Grafiken und enthalten viele hilfreiche Fallbeispiele.

Der Newsletter erscheint ca. alle vier Wochen. Derzeit spielen natürlich die Auswirkungen der Corona-Pandemie eine große Rolle: So ging es in den letzten Wochen darum, wie hier Übergriffe seitens des sog. Arbeitgebers individuell und kollektiv abgewehrt werden können. Und um praktische Beispiele für Interessenvertretungen, um selbst aktiv zu werden.

Der Newsletter kann hier abonniert werden:

[www.schichtplanfibel.de/newsletter.htm](http://www.schichtplanfibel.de/newsletter.htm)

Weitere Informationen, auch zum Download, finden sich hier:

[www.tobias.michel.schichtplanfibel.de](http://www.tobias.michel.schichtplanfibel.de) ■

# COVID-19-Pandemie Nicht gut aufgestellt

Für den 14. März lud das *Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung* Tobias Michel zu seinem virtuellen Treffen ein, um sich über die Auswirkungen der Corona-Krise zu informieren. Der Experte für die Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz wies auf gefährliche Engpässe und Versäumnisse hin, die ihre Ursache in der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und in kurzsichtigen Sparmaßnahmen haben.

PETRA STANIUS

**D**ie Neuausrichtung des Gesundheitswesens – weg von der Deckung des Bedarfs der auf medizinische oder pflegerische Versorgung angewiesenen Menschen hin zur Erzielung von Profit – hat in eine Misere geführt.

Die COVID-19-Pandemie zeigt deutlich die verheerenden Auswirkungen der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens: Ein ursprünglich funktionierendes System wurde kaputtgespart.

Tobias Michel rechnete vor, was mit der Pandemie auf uns zukommen kann, indem er die bekannten Daten im Verhältnis auf Oberhausen übertrug:

Von 210.000 Einwohner\*innen werden, über einen mehr oder weniger langen Zeitraum hinweg, 140.000 im glücklichen Fall eingepflegt – oder eine Infektion mit SARS-CoV-2 durchmachen. Tritt letzteres ein, werden 28.000 von ihnen schwer erkranken. 14.000 von ihnen werden im Krankenhaus behandelt werden müssen. Hierfür stehen 1.500 Krankenhausbetten auf Isolierstationen zur Verfügung.

Ganz eng sieht es aus bei den zu erwartenden 800 Patient\*innen, die ein Intensivbett benötigen. Für ganz NRW gibt es 5.200 Intensivbetten, für Oberhausen stehen rechnerisch also ca. 60 zur Verfügung. Allerdings werden davon bereits 40 Betten für Herzinfarkte, Unfälle etc. benötigt, so dass nur 20 für COVID-19-Fälle verbleiben. Wenn man davon ausgeht, dass ein Bett jeweils für 10 Tage benötigt wird, so können in einem Monat maximal 60 Oberhausener\*innen mit einem Intensivbett versorgt werden.

Es besteht also die Gefahr, dass es weniger Intensivbetten geben wird als Menschen, die sie benötigen. Und bis zu 1.200 Oberhausener\*innen an COVID-19 versterben.

## Personal ohne Schutz

Ein weiterer Engpass, der bereits tödliche Folgen hat, ist der allgegenwärtige Mangel an persönlicher Schutzausrüstung, auch in Intensivabteilungen, Pflegeheimen und Rehakliniken. Denn Warnungen vor einer drohenden Pandemie wurden über Jahre von den Verantwortlichen ignoriert, „eingesparte“ Bestände von

Schutzausrüstung nicht wieder aufgebaut. [Siehe hierzu auch *Kalt erwischt* auf S. 8.]

Der dritte Engpass betrifft das Personal der genannten Einrichtungen selbst. 5 Prozent der positiv Getesteten gehören zu diesem Personenkreis – Beschäftigte von Kliniken und Pflegeheimen sind doppelt und dreifach gefährdet. Trotzdem erhalten sie keine zertifizierte persönliche Schutzausrüstung, jedenfalls nicht in der benötigten Menge. Wöchentliche COVID-19-Tests, die die Sicherheit sowohl von Beschäftigten als auch von Gepflegten deutlich erhöhen würden, werden nicht durchgeführt.

Hinzu käme noch die Gefährdung der Gesundheit von Pflegekräften durch 12-Stunden-Schichten, die in der Krise angeordnet werden können.

Fällt aber das Personal aus, nützt auch eine genügend hohe Anzahl an Intensivbetten nichts mehr.

## Private entscheiden

In der Krise sind die Auswirkungen der Privatisierungen im Gesundheitswesen besonders fatal:

Staatliche Stellen wie das Gesundheitsamt überwachen die privaten Krankenhäuser und Pflegeheime und können ihnen bei Verstößen gegen Vorschriften Anweisungen erteilen.

Aber sie können nicht darüber entscheiden, welche Leistungen erbracht und wie Finanzmittel eingesetzt werden, wie viel Personal eingestellt wird. Und auch nicht über Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz. Dies alles entscheiden die Privaten selbst. Und auch, ob und wie sie ihre Entscheidungen offenlegen.

Dem Staat, und damit auch der Allgemeinheit, wurde die Einflussnahme auf einen existenziell wichtigen Bereich entzogen.

Dies ist der vierte Engpass, auf den Tobias Michel in seinem Vortrag hinwies:

Es mangelt im Gesundheitswesen an Transparenz, an Informationen und an Möglichkeiten, mit zu entscheiden. Und das in Zeiten einer Pandemie. ■

## Gesundheitsbündnis Oberhausen

Das *Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung* trifft sich alle zwei Wochen dienstags um 18:00 Uhr, aktuell zu Zoom-Konferenzen. Weitere Informationen im Netz unter [gesundheitsbuendnis-ob.de](https://gesundheitsbuendnis-ob.de) und per Email über [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de).



# Bundeswehr im Krisenstab?

Antwort von Kurt-Dieter Jünger auf den Leserbrief von Wilhelm Hausmann (CDU, MdL NRW), versandt am 21.04.2020 an die Oberhausener Lokalpresse.

Verehrte Redakteur\*innen,

die Beteiligung von einem Bundeswehrangehörigen im örtlichen Krisenstab bedarf einer eindeutigen Erklärung. Wir befinden uns zur Zeit zum Glück weder im Bürgerkrieg noch im Krieg um Toilettenpapier oder Atemschutzmasken. Die BRD befindet sich höchstens in einem „medizinischen – sekundären Notstand“. Die vielen Helfer von Pflegekräften, Ärzten und Freiwilligen geben ihr Äußerstes, auch ohne Tagesbefehl und Flaggenparaden (siehe *Die Zeit* Nr. 16, S. 47 vom 8. April 2020, Interview mit dem Philosophen Peter Sloterdijk).

Die Beteiligung des Militärs dient lediglich dazu, im öffentlichen Raum das Militärische zu Selbstverständlichkeiten und zur Normalität erklären zu können. Bahnfreifahrten für Militärangehörige gehören in die gleiche Kategorie, ebenso wie die Werbung um Rekruten in Schulen.

Die dramatischen Grundrechtseinschränkungen – bei allem Verständnis – bedürfen der parlamentarischen Kontrolle. Viele Bundesverfassungsrichter und ebenso etliche Politiker (z. B. Herr Baum, FDP) sehen die fehlende parlamentarische Kontrolle der Exekutive und haben sie schon mehrfach kritisiert. Umso erschreckender ist es, wenn Dilettanten das demokratische Kontrollrecht auf das Dümme in Zweifel ziehen.

Die Stunde der Wahrheit, der Demokratie, der EU und der Solidarität schlägt nach Beendigung der Corona-Krise. Der kostenlose Applaus für die vielen unterbezahlten, systemrelevanten Pflegekräfte und anderen sollte ihnen spätestens dann in Euro heim gezahlt werden.

Die endgültige Abkehr von der Just-in-time-Ökonomie und

die Stärkung der eigenen ökonomischen Widerstandskraft, genannt Resilienz, in Form von gesicherten Lieferketten, der Versorgung mit ausreichendem Betten, gut ausgebildeten und bezahlten unverzichtbaren systemrelevanten Personen ist daher zwingend erforderlich.

Eine verpflichtende einjährige Ausbildung zum Pflegehelfer nach dem Schulabschluss statt Militärdienst wäre sicherlich eine gute Alternative (siehe *Die Zeit* Nr. 15, S. 35 vom 2. April 2020, Interview mit Herrn Eckhard Hirschhausen).

Die zähe, langwierige und hart verhandelte Rettung von möglichst 50 minderjährigen Mädchen von den circa 40.000 Corona-gefährdeten Flüchtlingen auf wunderschönen, sonnigen, griechischen Inseln steht im krassen Widerspruch zu umgehend eingeflogenen 40.000 Erntehelfern.

Dieser Zynismus ist keinesfalls zu überbieten. Der unbekümmerte Spargeleser sollte wissen, dass dutzende deutsche Großstädte und einige Bundesländer bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen, um damit Humanität und Solidarität sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Wohlwissentlich würde ihnen der Spargel vermutlich nicht mehr schmecken.

Wir können nur hoffen, und sollten uns tagtäglich dafür einsetzen, dass die anstehenden globalen Konflikte, speziell in Afrika und Südamerika, durch Solidarität und finanzielle Hilfen und ohne Militär zu lösen sein werden, wie es Josep Borrell, der de facto Außenminister der EU, einfordert (siehe *Die Zeit* Nr. 17, S. 6 vom 16. April 2020, Telefon-Interview mit Josep Borrell).

Nie wieder Krieg! ■

## Die Vorgeschichte

**W**as hat ein Vertreter der Bundeswehr zu suchen im Krisenstab der Stadt Oberhausen, der zur Bewältigung der Corona-Krise eingesetzt wurde?

Diese berechtigte Frage warf Yusuf Karacelik von der Linke-Liste-Ratsfraktion Ende März mit einer Anfrage an die Stadt Oberhausen auf. Krisenstabs-Leiter Michael Jehn trat daraufhin die Flucht nach vorne an, skandalisierte die kritische Nachfrage und lenkte so von dem eigentlichen Skandal ab: einem Inlands-Einsatz der Bundeswehr, nicht vom Grundgesetz gedeckt und ohne nachvollziehbaren sachlichen Grund.

Eine Antwort auf die Frage gibt es bis heute nicht. Denn um Logistik und Ressourcen der Bundeswehr für Maßnahmen gegen die Pandemie nutzen zu können, braucht es so einen Vertreter nicht.

In einem Brief an die Oberhausener Lokalpresse begründete Cornelia Schiemanowski u.a. historisch, warum die Armee einer strikten Zivilkontrolle unterworfen werden muss.

Dass man politisches Urteilsvermögen und die Fähigkeit, sachlich zu argumentieren, nicht zwingend mitbringen muss, um Kreisvorsitzender oder Landtagsabgeordneter einer neoliberalen Partei zu werden, machte Wilhelm Hausmann mit seiner Antwort auf diesen Brief deutlich. Zur Klärung der aufgeworfenen Frage trug sein Schreiben nicht bei. ■



Oberhausen, April 2020.

Foto: Andrea-Cora Walther.

# AfD Oberhausen

## Faschistenfreunde – gespalten?

KORRESPONDENT

Nachdem die WAZ Oberhausen über die Facebookseite der AfD Oberhausen berichtet hat, wurde diese abgeschaltet bzw. entfernt und eine neue angemeldet. Nach eigenen Angaben soll innerhalb der AfD Oberhausen ein Streit entbrannt sein über rassistische und auch nazistische Kommentare auf der Facebookseite, die von der Moderation stehen gelassen wurden.

Ende März wurde eine entsprechende Pressemitteilung der AfD OB auf ihrer Webseite veröffentlicht: Wolfgang Kempkes sei vom Vorstandsposten zurückgetreten, später auch Marko Papenberg – beide seien auch aus der AfD ausgetreten. Von Streitigkeiten wurde berichtet. Rassismus und die Duldung von Aufrufen zur Gewalt durch die AfD OB wurden abgestritten und Marko Papenberg zum Sündenbock gemacht.

Wohl Anfang Mai trat dann der Angestellte der Stadt Essen (Feuerwehr) Sven Tomczak zum 01.06.20 von seinen Vorstandsposten zurück, wohl wegen interner Streitigkeiten innerhalb des Vorstands.

Eigentlich ein Grund sich zu freuen, die Faschisten zerlegen sich gerade selbst – aber ganz so einfach ist es eben leider doch nicht. Es dürfte sich vielmehr um einen „Männerkampf“ und Machtkampf um Einfluss und politische Strategie handeln.

Inhaltlich tun sich alle im Vorstand nicht viel. Nahezu alle (der aktuelle Vorstand und auch frühere Vorstandsmitglieder) haben derartige Beiträge toleriert und z.T. selbst in „Sozialen Medien“ weitergegeben. Es geht also weniger um politische Anschauungen. Es handelt sich eher um einen Streit zwischen denjenigen, die offen völkische/rassistische/antisemitische/verschwörungstheoretische Inhalte verbreiten und teilen und denjenigen, die zwar auch rassistisch auftreten, aber öffentlich als rechtskonservativ wahrgenommen werden wollen. Bei überwiegender inhaltlicher Übereinstimmung mit den anderen Teilen der AfD OB handeln letztere aus der Überzeugung heraus, dass das das mehr Prozente bringt.

Die Grenze dürfte so ca. hälftig verlaufen. Abgesehen von dem, was die AfD OB da nun erklärt, wer ausgetreten und wer verantwortlich sei: Es fällt auf, dass z.B. Papenberg Wochen nach dem angeblichen Austritt ein neues Profilbild bei Facebook einstellte, das ihn mit AfD-Merchandise (Hemd und Kugelschreiber) zeigt. Und dass auch Kempkes, der medial einige Wochen abgetaucht war, sich nun wieder mit optischen Pro-AfD-Statements – und natürlich weiterhin mit Artikeln, die rassistisch konnotiert sind – in den sozialen Medien präsentiert; wie auch im Lokalkompass Oberhausen und auf der Webseite der AfD Oberhausen.

So dürfte es sich hier um nicht viel mehr als um eine Schaumschlägerei für die Öffentlichkeit gehandelt haben – um den Versuch, Schaden zu begrenzen im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl.

So lässt sich auch das weitgehende mediale „Stillhalten“ der

AfD OB zu Corona erklären. Es werden zwar in unterschiedlichen Varianten Corona-leugnende, rechte, verschwörungstheoretische Beiträge bis zu antisemitischen QAnon-Inhalten auch von Personen aus dem aktuellen und dem ehemaligen Vorstand geteilt oder kommentiert, aber abgesehen von einer Fotopropagandaaktion von Papenberg und Konsorten am Altmarkt ist von der AfD in Oberhausen nichts zu sehen. Auch nicht bei den bisherigen erfolglosen Versuchen von „Spaziergängen“ von Coronaleugnern in Oberhausen.

Im Beitrag zur AfD in der letzten *Avanti O.* wurde angekündigt, dass Weiteres zu Verbindungen des Vorstands und der Mitglieder der AfD OB, die auf den ersten Listenplätzen kandidieren, zur extremen Rechten veröffentlicht wird. Dieses wird geschehen, wenn die Listenplätze feststehen und kein Rücktritt von diesen mehr möglich ist.

Material zu dem Artikel (Screenshots aus den öffentlich zugänglichen Bereichen von Facebook-Seiten) findet Ihr auf der Webseite der ISO Oberhausen als Bilddateien. Es würde den Rahmen sprengen, es hier zu veröffentlichen.

**Keinen Raum der AfD – Faschisten bekämpfen  
– immer – überall!** ■



Essen, April 2020.

Foto: Avanti O.

# Scherz, Satire, Ironie und *Die Pest* von Camus

ERNST KOCHANOWSKI

**L**iebe Homeoffice-Bewohner\*innen und Corona-Depressive, also:

Liebe alle,

diese Scherz-Satire-Kolumne bricht mit allen euch gewohnten Formaten diesen Namens.

Sie ist nämlich ein Werbeblock! Für eine Wundertüte! Für das Theater Oberhausen!

Mein geschätztes Hirnauffrischungs-Institut, das oft, aber immer zu Unrecht geschmähte Theater, hat, wie vieles Gute und Wahre, dem Phänomen dieses Jahres geschuldet seine Pforten noch einige Zeit geschlossen.

Geschlossen!? Nein, nicht ganz. In kreativer Quarantäne, in Splendid Isolation fernab vom laschetem Küchenland, entstehen viele nützliche, erbauliche und lehrreiche Arbeiten und werden dank www in die weite Welt gesandt. SARS-CoV-2-gerechte Unterhaltung mit Sicherheitsabstand, ohne Mundschutzpflicht, aber mit Hirn.

Mit *Die Pest* von Albert Camus schafft das Theater für uns gerade so ein Geschenk. Und was für eines!

Gute Literatur kann ja nicht nur Vergangenes lehrreich wiederauferstehen lassen, Gegenwärtiges entlarven und sogar zu Kunst veredeln, sondern auch noch eine treffliche Schilderung kommender Ereignisse erschaffen. Allerdings ist das ohne Schmerzen meist nicht zu haben. *Die Pest* ist so ein Kunstwerk.

Diesen Roman nun hat das wunderbare Ensemble des Theaters Oberhausen mit Unterstützung auch vieler unserer Mitbürger\*innen als 5-teilige Lesung/Vorstellung für uns erarbeitet. Prophetische, erschreckend heutige Bilder entwickeln sich in unserem Verstand.

Und wer's nicht glaubt, schaue unter [www.die-pest.de](http://www.die-pest.de) nach.

Wer's glaubt, sowieso! ■



Essen, April 2020.

Foto: Avanti O.

# The kids don't want communism yet

## Wie man Jugendliche erreicht und einbindet

Man kann sich bezüglich diesem und jenem Illusionen machen oder man kann die Sache formulieren wie sie ist: Sozialistische Organisationen haben ein Mitglieder- und ein Nachwuchsproblem. Zu wenige von uns Jugendlichen arbeiten aktiv dort mit, wo es unserer eigenen Zukunft förderlich wäre, und das hat auch seine Gründe.

ALINA FUCHS

Linke Verbände werden gerne totgeschwiegen, oppositionelle Kommunisten und Sozialisten ebenfalls, und jede Form der Konsequenz seitens Linker wird gnadenlos verteufelt. Dazu kommt die doch recht zurückhaltende (Nicht-)Präsenz von vernünftigen Organisationen.

Die ISO mal als Beispiel:

Ich bin auf sie aufmerksam geworden, als ich den Wikipedia-Artikel über Trotzismus gelesen habe und mir die Rubrik „Organisationen“ angeschaut habe. Ansonsten haben ein paar Aktive aus dem Umfeld der LINKEN gesagt, dass sie Mitglieder kennen, als ich sie mal danach gefragt habe. Der Durchschnittsjugendliche macht sowas aber nicht und erfährt demnach nicht mal von der Existenz der ISO (zumindest nicht in Duisburg), geschweige denn, dass er sich für sie interessiert. Und selbst wenn wir so weit wären, ist da immer noch das Problem, dass viele von uns gerne mit Gleichaltrigen zusammenarbeiten, was innerhalb der ISO, nun ja, schwierig ist.

Aber dafür gibt es ja Jugendorganisationen, nicht wahr?

Ja, schon, aber die könnten auch etwas mehr Zulauf vertragen. Bei dem Mangel an angemessener politischer Bildung, Dämonisierung des Sozialismus und „Wegignorierung“ der Sozialisten von nebenan ist das auch nicht gerade verwunderlich. Wir müssen uns also selber darum kümmern und direkt als positive Kraft in Erscheinung treten.

Im Rahmen der Coronakrise ist dafür die Nachbarschaftshilfe von der LINKEN, Young Struggle und der AGIF ein gutes Beispiel, weil sie den Geholfenen im Gedächtnis bleiben wird, obwohl die Regionalpresse lieber über die Jusos berichtet. An dieser Stelle wird man auf Mundpropaganda hoffen müssen.

Sollte Weltende aber mal vorbei sein, kann man den Leuten noch ganz andere Dinge bieten, die nicht offensichtlich politisch sind: Jede mögliche Art von Gemein-

schaftsveranstaltungen, bei denen man sich austauschen und anfreunden kann. Gruppengefühl sollte dabei im Fokus stehen, die Menschen müssen sich angenommen und eingebunden fühlen. Dadurch erreicht man besonders notorische jugendliche Außen-seiter, die keinen großen oder stabilen Freundeskreis haben, sehr gut.

Die Vorteile davon, sich erst anzufreunden und dann politisch zu werden, halte ich für immens.

Erstens ist der Mythos vom „roten Monster“ direkt vom Tisch, und zweitens ist man eher geneigt, mit Freunden zu Vorträgen, Kundgebungen etc. zu gehen oder Publikationen, die sie einem geben, anzunehmen, besonders wenn man skeptisch ist. Eine tatsächliche persönliche Beziehung ist der Fuß in der Tür.

Danach kommt die politische Bildung und der Unterschied zu Politsekten: keine Gehirnwäsche, keine Lügen, restlose Wahrheit. Stattdessen gilt es durch Theoriebildung und vernünftige Argumente systematisch Klassenbewusstsein zu schaffen und sämtliche falschen Vorurteile auszuräumen. Durch gemeinsam durchgeführte Aktionen wächst man in der Gruppe ganz von allein stärker zusammen.

Aber was tun bis dahin?

Es gibt eine weit verbreitete These, dass Linke den Einsatz von Memes nicht beherrschen. Ein Blick auf die Memepage der LINKEN auf Instagram oder auf die Facebook-Seite Sassy Socialist Memes führt diese aber ad absurdum. Ich wage zu behaupten, dass, was vor hundert Jahren eine Zeitung und Plakate auf öffentlichen Plätzen waren, heute eine Memepage ist, nämlich eine äußerst wichtige Methode der Einflussnahme: Teils komplexe Zusammenhänge werden sehr simpel und mit Humor rübergebracht. Eigentlich ideal für digitales Agitprop.

Problem: Soziale Medien sind auch käuflich und die Algorithmen kreieren nahezu hermetische Filterblasen, die keine neuen

Inhalte zulassen und wenn überhaupt rechts und immer rechter werden. Besonders der Youtube-Algorithmus scheint Verschwörungstheoretiker zu sein.

Aber Moment, wir sprachen von öffentlichen Plätzen. Die gibt es glücklicherweise immer noch, trotz sozialer Medien und Corona. Und da kann man auch „altmodische“ Plakate anbringen oder neomodische Sticker. Ich verspreche euch, die Stickerbörse unter (halb-)linken Jugendlichen boomt, wer wer sein will, braucht Aufkleber.

Dazu kommt das sogenannte „Adbusting“, bei dem als eine Form der Kommunikationsguerilla Werbung auf öffentlichen Plätzen – häufig gesellschaftskritisch – verfremdet wird, und natürlich das klassische politische Graffiti.

Mit der Einbindung wird es zurzeit ein bisschen schwer, aber die Zeit nach Corona berechtigt ja zu den schönsten Hoffnungen, nicht wahr?

Bis dahin: Sticker, Memes und fest und klar und heiter sein. ■



Grafik: Pinterest, Brooke Bernstein.

# Nach der Krise ist vor der Krise!

## Jeder Tag ist Muttertag!

### 100 Jahre Bauhaus für die Frauen!

KURT-DIETER JÜNGER

**D**ie kapitalistische Krise ist eine regelmäßig wiederkehrende Seuche, deren Verwüstungen ca. alle 10 Jahre den sogenannten freien Markt ausschalten und den Boden mit menschlichen Trümmern übersäen (siehe u.a. Emile Zola und Ernest Mandel).

Ignorieren, leugnen, verharmlosen, vertuschen, verwirren, Schuldige suchen und Vermögen umverteilen, das konnten wir täglich weltweit auf allen Kanälen sehen und hören.

#### Wir hätten aus der Geschichte lernen können

Die Pestseuche existiert bereits seit mehr als 2.000 Jahren und wütete im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) in Italien, Mailand. Am Ende stand der Westfälische Frieden zu Münster mit entsprechenden Länderumverteilungen zu Lasten der Bauern, Soldaten und Kleingewerbetreibenden.

Die Pest oder auch die angeblich bereits bezwungenen Pocken können bei hygienischer, medizinischer Unter-/Mangelversorgung wieder kommen. Der Überlebens-Verteilungskampf kann dann nur noch mit diktatorischen, militärischen Mitteln gesichert werden. Die Spanische Grippe aus dem Jahr 1918 forderte ca. 50 bis 100 Millionen Tote, und binnen weniger Wochen waren ein Drittel der Weltbevölkerung erkrankt.

Die Finanzkrise 2008/2009, Ebola, SARS und jetzt eine Corona-Pandemie. Viele deutsche und internationale Virolog\*innen/Mediziner\*innen befürchteten bereits vor Jahren eine weltumspannende Virus-Gefahr und forderten leider erfolglos entsprechende Forschungs- und Sachmittel.

Die Mittel wurden eher noch gekürzt, die KRANKENHÄUSER PRIVATISIERT und mit Fallpauschalen, Personal- und Bettenrationalisierung überzogen.

Demgegenüber wurden die Militärausgaben dramatisch erhöht, um „unsere Grenzen“ in Mali und Afghanistan verteidigen zu können. Das ist ein Hohn, Betrug an den Wählenden, Vorgaukeln von Sicherheiten und völlig unnützlich für alle Bevölkerungsteile.

Die Erfahrungen aus jenen Epochen bereiten den Mächtigen heute Angst und große Sorgen, weil die Grippe, das Virus alle Machtverhältnisse ins Wanken und gar zum Einsturz bringen kann. Der Ruf fast aller bundesrepublikanischen Ministerpräsident\*innen nach Vorsichtsmaßnahmen war deshalb durchaus verständlich.

Wir können nicht sagen, wir hätten nichts gewusst.

80 % der schlecht bezahlten Dienstleistenden sind Frauen, auf deren unentgeltliche Familienfürsorge die Politik auf perfideste Weise setzt, um sie am Ende in die Altersarmut zu entlassen.

Nach dem Lockdown/Shutdown verspürten das internationale Kapital und die gesamte Arbeiter\*innenklasse eine allgemeine Unruhe. Der Unmut konnte dank zugesagten Billionen Euro an Überbrückungskrediten und verlängertem Kurzarbeitergeld sowie den Einschränkungen freiheitlicher Grundrechte (z.B. 1. Mai-Demonstrationen, Fridays for Future etc.) kanalisiert werden. Die Novellie-

rung des Infektionsschutzgesetzes wurde zwar bereits von Verfassungsrechtlern und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie als nicht verfassungskonform eingestuft. Geändert hat sich bisher aber nichts.

„Findige“ sahen ihre Chancen, sich eine verfehlte Industrie- und Landwirtschaftspolitik – ohne jegliche Gegenleistungen – staatlich finanzieren zu lassen und darüber hinaus Arbeitnehmerrechte sowie deren Einkommensverhältnisse deutlich zu verschlechtern.

Die egoistischen, unsozialen Hamsterkäufe haben ca. die Hälfte der Bevölkerung erschreckt und die apolitische, achselzuckende Hinnahme sowie teils herablassende Ratlosigkeit der jüngeren Generation über die Tatsachen einer auseinanderdriftenden Gesellschaft und Welt irritiert.

Manchmal empfinden wir als ältere Generation Verzweiflung über das totale Abhandenkommen von übergreifenden politischen Ideen/Idealen und den absoluten Verlust des Bewusstseins, was Ausbeutung der Natur, der Frauen, der Länder des Südens durch unsere Kultur bedeutet.

Ein ganzer Kontinent, Afrika, wird in der Berichterstattung marginalisiert, ebenso wie Südamerika oder Indien. Der Eurozentrismus und Nationalismus treibt unwirkliche Blüten, gleichwohl versucht die WHO gemeinsame Gegenstrategien auch ohne die USA und Russland.

#### Was sollten wir ganz konkret ändern?

Eine gerechtere, deutlich höhere Bezahlung, Personalaufstockungen und drastische Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten (Pflege, Bildung, Feuerwehr, Reinigungsdienste etc.). Alles hinreichend bekannte Forderungen.

Ich möchte darüber hinaus bei der in der Krise geleisteten Solidarität von Nachbarschaftshilfe, Kinderbetreuung usw. ansetzen und an die Geschichte des Bauens erinnern, wo innerhalb des Bauhauses die Gesellschaftsvorstellungen jenseits von Zwangskollektivierung und Vereinzelung entwickelt wurden. Im Bauhaus waren sozialistische Vorstellungen präsent, die eine Aufhebung der Klassen- und Geschlechtergegensätze parallel zu einer Aufhebung des Gegensatzes von Industrie und Kunsthandwerk vorstellten. Parallel mit dem Dadaismus richteten sich die Entwürfe/Angriffe gegen den verlogenen bürgerlichen Mief der damaligen Zeit.

Aufgrund politischer Auseinandersetzungen um die Rolle von Frauen, Familie und geschlechtlicher Arbeitsteilung fiel die Entscheidung gegen „Familien-Einküchenhäuser“ zu Gunsten des Konzepts der „rationalen Küche/Frankfurter Küche“.

Die Idee des 20. Jahrhunderts war, in genossenschaftlichen großen Wohnblöcken und Mietshäusern mit Gemeinschaftszentralküchen, Zentralwaschkellern, Kinderkrippen, Kindergärten und Versammlungsräumen günstiges Wohnen unter solidarischem Miteinander zu verwirklichen.

Herr Prof. Dr. Roland Günter, langjähriger Vorsitzender des

Werkbundes und Retter der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes, Eisenheim in Oberhausen, bekannte sich immer zum „neuen Bauen“.

Die Idee setzte sich bis auf wenige Ausnahmen (z.B. der Heimhof in Wien) nicht durch.

Die Diskussion um Wohnungsbau und Frauenfrage wurde zugunsten von Kleinstwohnungen und Einfamilien Scheibchenhäuschen entschieden. Eine Normierung und Rationalität von Küchen wurde entsprechend der Arbeitsökonomie in Fabriken der durchschnittlichen Größe der Frauen angepasst.

Die Entscheidung für eine individualistische Familienordnung war gefallen. Der Gemeinschaftsgedanke von Wohngruppen als wichtigem Bindungsmotiv der Selbsterziehung statt einzelner Paarbildung und Kleinfamilie wurde konterkariert.

Die Frauen wurden mit hauswirtschaftlichen Arbeiten in separaten Miniküchen betraut und Häuslichkeit ausschließlich der Weiblichkeit zugeordnet. Die Topküchen von XXXL Rück, Poggenpohl u.a. ändern nichts an der Abwertung reproduktiver, ungleich verteilter Hausarbeit.

Deshalb müssen sich Familien- und Baupolitik grundsätzlich ändern und die wünschenswerte Pluralität in größeren kommunikativen Gemeinschaften (WGs, Mehrgenerationen, Alleinlebende, Paare etc.) fördern statt isolierende Seniorenresidenzen, hässliche, standardisierte, winzige Einfamilienhäuschen, teure Hipster-Wohnblöcke à la Düsseldorf – ohne (Elektro-)Fahrrad- oder Carsharing-Angebote, dafür mit Autotiefgaragenabstellplätzen, dafür ohne öffentliche Toiletten oder kostenfreie Trinkwasserspender.

Baugenehmigungen dürften nur noch erteilt werden, wenn

gleichzeitig der Flächenverbrauch drastisch reduziert und eine gemeinschaftliche Infrastruktur verpflichtend mitgeplant wird.

Es könnten Parkausweise wie in Stockholm mit über 1.000,00 Euro jährlich bezahlt werden müssen oder wie in Dänemark eine Zulassungssteuer von einmalig ca. 85 % des Neuwagenpreises zu entrichten sein.

Möglichkeiten sind derer Viele.

Dass wir diese globale, multidimensionale Krise bisher solidarisch meistern konnten, zeigt auch, dass wir sie durch eine Solidarwirtschaft im Bereich Bauen/Wohnen/Leben/Essen/Reisen, einer partizipativen Demokratie und der Rettung des Ökosystems überwinden können.

Wir können nur mit dem Sänger, Dichter und Literaturnobelpreisträger von 2017, Bob Dylan, gemeinsam das Lied anstimmen: „The Times They Are a-Changin“.

Neue, gesellschaftliche Lebensentwürfe haben gerade jetzt ihre Zeit, weil wir immer mehr von der Gesellschaft verstehen (siehe auch Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*).

Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir öffentlich über eine an den Menschen und der Natur ausgerichtete, solidarische Politik nachdenken, anstatt wieder der am Profit und den Kapitalverwertungsinteressen weniger Vermögenden interessierten Klientelpolitik auf Teufel komm raus auf den Leim zu gehen.

All das zu verstehen ist eine Sache, es zu verändern oder gar zu beseitigen, wissen wir aus unseren eigenen, persönlichen Erfahrungen, ist nochmals eine ganz andere Angelegenheit.

Also packen wir es an!

Venceremos! ■



Essen, April 2020.

Foto: Avanti O.

# Neue Paroli erschienen Nr. 35 | Mai 2020 | Sonderausgabe Corona

Unter [paroli-magazin.de](http://paroli-magazin.de) könnt Ihr die Paroli lesen oder als PDF-Datei herunterladen.

Liebe Leser\*innen,

die aktuelle Paroli erscheint in schwierigen Zeiten. Ein Ende der Corona-Pandemie ist noch nicht absehbar. Soziale Ungleichheit tritt durch die Krise noch deutlicher zutage und zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Das Narrativ der Herrschenden, Corona trafe alle gleich, ist offensichtlich nicht zutreffend. Viele prekär Beschäftigte verlieren ihren Job, andere sind von Kurzarbeit betroffen. Die Lage der Pflegekräfte, Verkäufer\*innen und vielen anderen Lohnabhängigen verschlechtert sich bei steigendem Gesundheitsrisiko. Auf den ersten vier Seiten widmen wir uns dem Thema Corona mit lokalen Bezügen sowie einem Thesenpapier.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das antifaschistische Gednken rund um den 75. Jahrestag von Kriegsende und Befreiung vom Faschismus.

Wir wünschen gespannte Lektüre.

Euer Parolikollektiv

Das Magazin Paroli soll als Medium für linke, alternative Politik einen Beitrag leisten zur Bündelung linker Kräfte in Oberhausen. Vertreter\*innen verschiedener linker Gruppierungen und sozialer Initiativen sind an der Herstellung und der Verbreitung dieser Zeitung beteiligt.

Das Redaktionsteam dieser Ausgabe:  
D. Driever, U. Filthaut, M. Goeke, H. Hansen, L. Koch, J. Krasniqi, R. Hoffmann, K. Oberschewen, L. Rudi, S. Wehling, H. v. Stoltzenberg



**Sonderausgabe zur digitalen Verbreitung während der Corona-Krise**  
2 Wochenzeitung  
6 Wochen als Zeitung  
9 Seite A4-Kapaz  
10 Digital-Mitglieder

**Paroli**  
Das linke Magazin für Oberhausen  
Mai 2020 - [www.paroli-magazin.de](http://www.paroli-magazin.de)

**Corona bekämpfen - JA!**  
Solidarität in Zeiten von Corona: Menschen vor Profite!

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine weltweite Krise, die Tausende nicht nur Grundbedürfnisse Menschen, sondern vor allem die Gesundheit vor einer gesundheitlichen Katastrophe. Die Pandemie ist ein Hinweis auf die Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft. Viele Menschen werden krank, Arbeitsplätze werden zerstört, die Gesundheitssysteme sind überfordert. Die Corona-Pandemie ist ein Hinweis auf die Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft. Viele Menschen werden krank, Arbeitsplätze werden zerstört, die Gesundheitssysteme sind überfordert.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

- TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)
- DI, 26.05.20, 18:00 Uhr, Zoom-Konferenz vom Oberhäuser Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Infos über [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de)
  - DI, 02.06.20, 18:00 Uhr, Frauen-Plenum Oberhausen; Infos über [info@frauen-plenum-ob.de](mailto:info@frauen-plenum-ob.de)
  - DI, 09.06.20, 18:00 Uhr, Zoom-Konferenz vom Oberhäuser Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Infos über [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de)
  - DI, 23.06.20, 18:00 Uhr, Zoom-Konferenz vom Oberhäuser Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Infos über [kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de](mailto:kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de)

**Impressum + Redaktion:**  
ISO Oberhausen & Freund\*innen  
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim  
**Fon:** +49 (0) 208 / 768 422 46  
**Email:** [info@iso-4-oberhausen.de](mailto:info@iso-4-oberhausen.de)  
**Web:** [www.iso-4-oberhausen.de](http://www.iso-4-oberhausen.de)

**Kontakt:**  
ISO / IV. Internationale Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen

